

ENTWURF

Für Rheinhessen:

Industrieleitlinien

Stand: November 2019

Präambel

Derzeit verschieben sich im internationalen Wettbewerb wichtige wirtschaftspolitische Parameter. So stellen die USA das globale Handelssystem infrage und setzen zunehmend protektionistische Akzente, und die Volksrepublik China forciert ihren staatlich gelenkten Wachstumskurs unter anderem durch eine starke Kontrolle ihrer Schlüsselindustrien und deren Unterstützung im internationalen Wettbewerb. Für den Standort Rheinhessen und die Industrieunternehmen bedeutet das, deutlich stärker als bisher an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten.

Während das internationale Umfeld immer größere Herausforderungen für die exportstarke Region Rheinhessen und die hier ansässigen Unternehmen bereithält, nimmt die Industrie weiterhin bedeutende Aufgaben im Land und in der Region wahr. Die Industrie hat einen wichtigen Auftrag in der Gesellschaft. Sie sorgt für Arbeitsplätze und Wohlstand von Mitarbeitern sowie darüber hinaus als Auftraggeber für zahlreiche Handwerksunternehmen und Dienstleister. Sie bildet aus und durch die Steuern unterstützen sie die Regierungen im Land bei der Finanzierung der hoheitlichen Aufgaben. Die Vertreter der rheinhessischen Industrie setzen sich in den Gremien des Landes, der Kommunen und Kammern bspw. für die Ausbildung, den Klimaschutz und die Steigerung der Attraktivität des Standorts umfangreich ein. Genauso unentbehrlich ist das Engagement für die Bürger vor Ort. Ob die Förderung von Sport, Kunst oder Kultur, ob Engagement für Soziales und in der Bildung – die Vertreter der Industrie engagieren sich aktiv für die Gesellschaft und die Gemeinden.

Industrieunternehmen stehen für nachhaltiges Handeln, das seit jeher zum Leitbild und zur Philosophie gehört. Viele der in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziele wie z.B. die Minimierung von Emissionen in Luft und Wasser, der sparsame Umgang mit Energie und die Nutzung erneuerbarer Energien, der effiziente Einsatz von Rohstoffen sowie die besondere Verantwortung für die berufliche Aus- und Weiterbildung und das Vorantreiben innovativer Produkte und Prozesse sind schon heute Teil der Unternehmenskultur und -strategie.

Der Industriestandort Rheinhessen

In Rheinhessen prägen 196¹ Industrieunternehmen das Bild der Wirtschaft. Mit fast 30.000 Beschäftigten wird ein Gesamtumsatz in 2018 von rd. 9,5 Mrd. EURO erwirtschaftet. Dies zeigt den hohen Stellenwert der Industrie in Rheinhessen. Eine hohe Bedeutung haben die ausländischen Märkte: mehr als jeder zweite EURO des Umsatzes wird durch den Export verdient.

JAHR		BETRIEBE	BESCHÄFTIGTE	GESAMTUMSATZ	EXPORTQUOTE
				IN 1.000 EURO	%
2018	Rheinland-Pfalz	2.204	297.067	105.855.557	55,6
2018	Rheinhessen	196	29.356	9.481.439	52,9
2014	Rheinhessen	190	29.817	8.750.000	53,4
2008	Rheinhessen	218	29.274	8.424.000	36,7*

* ohne Alzey-Worms und Mainz-Bingen

Die Struktur des verarbeitenden Gewerbes in Rheinhessen ist vielfältig. Gemessen am Gesamtumsatz sind die Nahrungs- und Futtermittelindustrie, Pharmaindustrie, Chemische Industrie, Glasindustrie, Gummi- und Kunststoffindustrie sowie der Maschinenbau die größten Wirtschaftszweige. Mehr als 50 Prozent des Gesamtumsatzes wird durch die Nahrungs- und Futtermittelindustrie erwirtschaftet. Die Pharmaindustrie ist gemessen an der Anzahl der Unternehmen in Rheinhessen unterrepräsentiert. Allerdings trägt sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg in der Region bei.

Die Leitlinien

Der Erfolg der Industrieunternehmen in Rheinhessen ist keine Selbstverständlichkeit. Ständig suchen die Unternehmen nach neuen Möglichkeiten, um weiterhin im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.

Ständige Herausforderungen, wie neue Technologien, fehlende Fachkräfte, immer mehr Vorschriften und Bürokratie sowie ein zunehmender politischer Populismus und Protektionismus behindern das zukunftsfähige Potenzial. Zudem sehen sich viele Unternehmer vermehrt einer gesellschaftlichen Skepsis gegenüber der Industrie ausgesetzt.

Die Politik ist gefordert, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen: Weichen für eine zukunftsfähige Industriepolitik. Die Industrieunternehmen benötigen Rahmenbedingungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Der Industrie-, Umwelt und Energieausschuss der IHK für Rheinhessen fordert die Politik auf, die Unternehmen auf ihrem Weg in die Zukunft zu unterstützen.

Das politische Handeln kann sich an den formulierten Leitlinien orientieren, die die folgenden Themenfelder umfassen:

- Infrastruktur und Standortqualität
- Fachkräfte
- Internationalisierung und Export
- Innovation
- Digitalisierung und neue Technologien
- Klimawandel und Umwelt
- Energie- und Rohstoffversorgung
- Bürokratie, Steuern und Abgaben
- Gesellschaftliche Akzeptanz

¹ Statistische Berichte 2019, Statistisches Landesamt Rheinland Pfalz. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2018

Infrastruktur / Standortqualität

Rhein Hessen bietet durch einen attraktiven Mix aus städtischen Gebieten und ländlich geprägten Regionen eine hohe Lebensqualität.

Gewerbeflächen systematisch und bedarfsgerecht entwickeln

Dennoch muss die Standortqualität für Industrie und Unternehmen weiter entwickelt werden. Industrieunternehmen benötigen Flächen. Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen sollten Politik und Verwaltung auf die Bedürfnisse der Betriebe ausrichten, um Rhein Hessen als Standort für Industrieunternehmen zu erhalten und weiter zu entwickeln. Erweiterungsbedarfe und Neuansiedlungen müssen durch eine effiziente Flächennutzung interkommunal geschaffen werden. Bisher sind interkommunale Gewerbegebiete eine Ausnahme. Es braucht ein staatliches, attraktives Anreizsystem, das die Kommunen konkret unterstützt und eine effizientere Nutzung der Flächen fördert und ein Flächenmanagement implementiert. Bisher fehlt es an einer Strategie zur systematischen Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen. Außerhalb des Stadtkerns sind sie häufig infrastrukturell nur unzureichend erschlossen. So fehlen neben digitaler Infrastruktur beispielsweise nicht selten Gastronomieangebote oder eine bedarfsgerechte Anbindung an den ÖPNV.

Verkehrsinfrastruktur optimieren

Für die Versorgung der Unternehmen nicht nur mit Rohstoffen, sondern auch für eine gute Erreichbarkeit für die Mitarbeiter ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur unerlässlich. Die derzeitigen Verkehrssysteme entsprechen nur unzureichend den Anforderungen der Unternehmen und der Gesellschaft. Verstärkte Aktivitäten zum Erhalt und Ausbau müssen initiiert werden, denn Mobilität von Menschen und Gütern sind die Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten. Die Kooperationsvereinbarung der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen sowie der Landkreise Mainz-Bingen und Rheingau-Taunus zur Machbarkeitsstudie für eine Rheinbrücke bei Bingen bringt die lange erhoffte Bewegung in die dringend notwendige Verbesserung der regionalen Verkehrsinfrastruktur. Einen Brückenstandort zu prüfen macht Sinn. Die rheinhessische Wirtschaft fordert eine weitere Rheinquerung.

Der Standort Rhein Hessen ist durch starke Pendlerströme in und aus der Region geprägt. Dies hat Folgen: Auf den Schienen und den Straßen der Region wird deutlich, dass die Kapazitätsgrenzen vielerorts bereits erreicht oder sogar schon überschritten sind. Viele Verkehrsachsen der Region sind chronisch überlastet und in hohem Maße stauanfällig. Dies erleben nicht nur die Pendler, es belastet auch den Wirtschaftsverkehr in Rhein Hessen. Es gibt einen großen Sanierungsstau, der unverzüglich behoben werden muss. Auch wenn Straßenbaustellen zu zusätzlichen Staus führen – ohne diese Baustellen wäre der Zusammenbruch des Verkehrssystems vorprogrammiert. Daher müssen Sanierungsmaßnahmen besser früher als später durchgeführt werden. Dies bedingt aber, dass die Baustellen in der Region sorgfältig geplant und gut koordiniert sowie mit den Beteiligten abgestimmt werden müssen. Um eine zügige Abwicklung von Sanierungsmaßnahmen an Straßen und Brücken zu gewährleisten sollte eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten auf Baustellen ermöglicht werden.

Neben dem Straßenverkehr sind der Rhein und die Binnenschifffahrt ein bedeutender Verkehrsträger für die Industrieunternehmen in Rhein Hessen. Gut ausgebaute Binnenschifffahrtswege sind für Waren- und insbesondere Rohstofftransporte ein wichtiger Standortvorteil. Sie benötigen aber auch eine ausreichende Anzahl an Anlegestellen, zum Laden und Entladen der Waren und Güter. Zur Förderung der Binnenschifffahrt hat das Bundesverkehrsministerium einen Masterplan vorgestellt. Allerdings ist es dringend notwendig zeitnah Maßnahmen umzusetzen, um den Zustand des Rheins und anderer Wasserwege zu verbessern und eine Schifffbarkeit des Rheins zügig zu optimieren.

Nicht nur das Aufkommen auf den Straßen auch die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV ist in den letzten Jahren gestiegen – die Investitionen in den ÖPNV wurden in den vergangenen Dekaden hingegen stark vernachlässigt und nicht an die steigende Einwohnerzahl und an das Beschäftigungswachstum angepasst. Gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussion um Fahrverbote in den Städten und den Klimaschutz sind ein flächendeckender Ausbau des ÖPNV und eine bedarfsgerechte Taktung unerlässlich. Der Schienenverkehr ist nicht nur für den ÖPNV wesentlich, sondern darüber hinaus für den Güterverkehr von und zu den Unternehmen in Rhein Hessen. Sind die bestehenden Schienennetze bereits mit dem Personenverkehr ausgelastet, so sollte der Schienenverkehr auf ein drittes Gleis ausgelagert werden, um so einen störungsfreien Güterverkehr zu gewährleisten.

Ein großes Problem bei der Planung von Infrastrukturprojekten sind die langen Genehmigungszeiten. Um zukünftig Verkehrsprojekte schneller umsetzen zu können, sind sämtliche Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Dazu gehört sowohl die Beschränkung auf eine Klageinstanz als auch die Prozessoptimierung sowie eine ausreichende Personalausstattung bei den zuständigen Stellen. Eine wichtige Komponente zur Planungsbeschleunigung ist zudem der Ausdruck des politischen Willens, um Verbindlichkeit gegenüber allen relevanten Interessengruppen zu erzeugen.

Fachkräfte gewinnen, sichern und qualifizieren

Der Fachkräftemangel ist branchenunabhängig die größte Herausforderung für Unternehmen und insbesondere Industrieunternehmen. Sie sind häufig nicht in der Lage, ihren Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern in ausreichender Anzahl zu decken. Dies gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen in der Region. Insbesondere der demografische Wandel aber auch der Megatrend Digitalisierung mit neuen Arbeitswelten und -anforderungen sind als Ursache zu nennen.

Die Basis einer erfolgreichen Wirtschaft sind gut ausgebildete Mitarbeiter. Der Erfolg der dualen Ausbildung ist im internationalen Vergleich einzigartig und trägt entscheidend zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei. Um auch in ländlichen Regionen ein ortsnahes, modernes Ausbildungswesen sicher zu stellen, sind überbetriebliche Ausbildungsstätten sinnvoll.

Aber es muss durch die Politik und die Unternehmen die Attraktivität der Ausbildung gefördert werden. Es gilt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen akademischer Bildung und dualer Ausbildung zu schaffen, denn Unternehmen benötigen beides: Akademiker und Fachkräfte. Die berufliche Bildung muss gestärkt werden und als chancenreicher Karriereweg mit sehr guten Zukunftsaussichten in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Voraussetzung ist eine sehr hohe Unterrichtsqualität an den Berufsschulen, aber auch die Qualifizierung der Lehrkräfte sowie der Einsatz zeitgemäßer Lehrmittel und Lernmethoden. Des Weiteren muss die qualifizierte Weiterbildung Berufstätiger ausgeweitet werden. Hierfür muss auch die Autonomie der Hochschulen gestärkt werden, um den Aufbau bedarfsgerechter dualer Studiengänge und die Entwicklung modularer Studiengänge für Berufstätige zu fördern.

Eine Durchlässigkeit des Bildungssystems sollte nicht nur von „unten nach oben“, sondern auch von „oben nach unten“ durch geeigneten Instrumenten und Maßnahmen gewährleistet sein. Präventiv ist eine gute Berufsorientierung in den Schulen notwendig. Dies erfordert, dass die Schulen in den Bereichen Digitalisierung und MINT in der Infrastruktur sowie mit Lehrkräften gut und bedarfsgerecht ausgestattet sind. Daneben müssen Wirtschaftskompetenzen altersgerecht in die Bildungsstruktur integriert werden. Bisher kommt die Vermittlung von Wirtschaftskompetenzen und Technikbildung noch zu kurz. Dabei sind es die praktischen Anwendungen und Bezüge, die eine Begeisterung schaffen und eine Verbindung mit der beruflichen Perspektive knüpfen.

Neben den schulischen und beruflichen Voraussetzungen müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert eine Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort. Es gilt nicht mehr nur die Betreuung von Kindern durch mehr Kinderbetreuungsplätze, sondern auch die Pflege von Angehörigen weiter in den Fokus zu stellen. Frauen stellen heute das größte Fachkräftepotenzial dar. Um dieses Potenzial zu nutzen, müssen Freiräume für flexible, individuelle Lösungen geschaffen werden.

Mit wachsendem Wettbewerbsdruck steigen die Anforderungen an die Beschäftigten. Berufliche Erfolge erzielen in diesem Umfeld diejenigen, die sich neue Qualifikationen erwerben. Bereits heute finden rund 80 Prozent der Weiterbildungen in den Betrieben statt. Mit immer schnelleren Innovationszyklen in Folge der Digitalisierung steigt der Qualifizierungsbedarf in den Unternehmen. Somit muss es auch immer leichter werden, sich weiterzubilden – für Unternehmen und Arbeitnehmer.

Immer mehr Unternehmen greifen auf ausländische Fachkräfte zurück. Hierfür müssen Vereinfachungen der Zuwanderung umgesetzt werden. Eine höhere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist notwendig, um für ausländische Fachkräfte attraktiv zu sein.

Bei der Wahl eines Arbeitgebers ist die Lebensqualität am Standort eines der wichtigsten Entscheidungskriterien für Fach- und Führungskräfte. Es muss Wohnraum in der Region geschaffen werden, der bezahlbar ist, um Wohnen und Arbeiten künftig besser miteinander zu verbinden.

Internationalisierung und Export

Ein freier und fairer Zugang zu ausländischen Absatz- und Beschaffungsmärkten ist für die Industrie in Rheinhessen lebenswichtig. Jeder 2. Euro wird heute in Rheinhessen durch den Export erwirtschaftet. Handelshemmnisse und Protektionismus erschweren die internationale Arbeitsteilung und führen zu Wettbewerbsverzerrungen. EU, Bund und Land sind aufgefordert, sich für einen freien und auf transparenten Regeln basierten, grenzüberschreitenden Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr einzusetzen.

Insbesondere KMU müssen bei der Finanzierung und Absicherung von Exportgeschäften Unterstützung erhalten. Es muss sichergestellt sein, dass faire Voraussetzungen für die Finanzierung bei der Auftragsvergabe aus dem Ausland eingehalten und von den Partnerländern eingefordert werden.

Gerade vor dem Hintergrund des bevorstehenden Brexit sollten administrative Hürden und die Umsetzung EU-Vorschriften keinen weiteren bürokratischen Aufwand bedeuten.

Innovation

Innovationstreiber sind die Industrieunternehmen und sichern damit den Wohlstand in der Region. Damit dies auch in Zukunft Bestand hat, muss neues Wissen und innovationsfreudiges Unternehmertum gefördert werden. Hierzu ist auch ein enger Austausch zwischen Unternehmen und Hochschulen in Rheinhessen unerlässlich. Zur Stärkung des Technologietransfers sollten sich Hochschulen und Unternehmen weiter gegenseitig öffnen. Hierfür ist es auch notwendig, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen den Technologietransfer noch stärker in den Fokus rücken. Voraussetzung ist, dass sie die hierfür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung haben bzw. gestellt bekommen.

In ihrem Studienangebot sollten sich die Hochschulen nicht weiter auffächern und neue Studiengänge hinzunehmen. Stattdessen sollte man einen stärkeren Schwerpunkt auf Fächer mit einem hohen Innovationspotenzial legen. Hierfür ist es notwendig, dass sich Hochschulen in der Region stärker profilieren und an inhaltlichen sowie Forschungsschwerpunkten orientieren. Anstatt weitere spezifizierte Studiengänge zu etablieren, sollte das Angebot dualer und berufsbegleitender Studiengänge ausgebaut werden. So kann das Innovationspotenzial über eigene hochqualifizierte Mitarbeiter in die Unternehmen geführt werden.

Bestehende Förderprogramme für KMU unterstützen die Innovationsfähigkeit. Allerdings sind die Antragsverfahren häufig sehr aufwendig. Sie sollten stattdessen einfach verständlich und mit eigenen Ressourcen im Unternehmen zu bewältigen sein. Gerade EU-Projekte bedeuten einen hohen bürokratischen Aufwand bei der Antragstellung. Dieser sollte insbesondere für kleinere Unternehmen reduziert werden, um die Attraktivität dieser Fördermöglichkeiten zu erhöhen.

Die Anzahl der Gründer in Rheinhessen ist leicht steigend. Aber immer noch ist die Gründung eines Unternehmens mit innovativen Ideen relativ selten. Gründer müssen mit ihren Ideen vergleichsweise schnell auf den Markt kommen, da bisher der Wagniskapitalmarkt nur schwach entwickelt ist. Wesentlicher Grund hierfür ist, dass Wagniskapital in Deutschland – im Gegensatz zum internationalen Wettbewerbsumfeld – nicht steuerlich geltend gemacht werden kann. Co Working Spaces, die den Einstieg und den Austausch zwischen den Gründern erleichtern, sollten auch in der Fläche Rheinhessens angesiedelt werden.

Digitalisierung

Um die Digitalisierung der Industrie weiter voran zu bringen, ist ein flächendeckender, leistungsfähiger glasfaserbasierter Ausbau der digitalen Infrastruktur notwendig. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Anstrengungen unternommen und Fortschritte erzielt, aber gerade in ländlich geprägten Flächen Rheinhessens muss der Ausbau verstärkt werden, um im internationalen Wettbewerb den Anschluss nicht zu verpassen. Hierfür ist von Seiten der Politik umfassend zu analysieren, wo Ausbaufizite bestehen und zu beheben sind. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollten Fördermöglichkeiten erhalten beim Ausbau der Digitalisierung im Betrieb, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

Der besondere Bedarf der Industrie, wie Ausfallsicherheit, höhere upload- und download-Bandbreiten müssen bei der Ausbauplanung besondere Berücksichtigung finden. Künftige Entwicklungen und veränderte Anforderungen müssen frühzeitig identifiziert werden und mit Vorrang umgesetzt werden.

Nicht nur der Glasfaserausbau muss vorangetrieben werden. Gleiches gilt für die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähiger Mobilfunkinfrastruktur. Der 5G-Ausbau ist dringend zur Realisierung von notwendigen Industrielösungen erforderlich.

Während die Digitalisierung im unternehmerischen Alltag nicht mehr wegzudenken ist, hat die öffentliche Verwaltung noch einen großen Nachholbedarf. Viele Male tritt ein Unternehmen mit Behörden pro Jahr in Kontakt. Nur sehr wenige dieser Kontakte lassen sich online abwickeln und kosten die Unternehmen viel Zeit. Digitale Verwaltungsangebote müssen dringend angeboten werden, um auch Unternehmen im ländlichen Raum Zeit und Kosten zu ersparen. So könnte die An- Um- und Abmeldung von Fahrzeugen, Statistik- und Berichtspflichten, Planverfahren für Infrastrukturprojekte, Baugenehmigungen digital abgewickelt werden. So können Verfahrensdauern verkürzt, die Unsicherheit bei Investoren reduziert sowie Bau- und Infrastrukturprojekte schneller umgesetzt werden. Wichtig ist aber, dass es digitale Standards gibt, die zwischen den Ländern und auch in der EU abgestimmt sind. Sie müssen den Unternehmen einen verbindlichen Rahmen geben. Dabei darf aber die Anwenderfreundlichkeit der digitalen Verwaltungsangebote nicht vernachlässigt werden.

Gesellschaftliche Akzeptanz

Die Industrie trägt maßgeblich zum Wohlstand und Wertschöpfung in der Region bei. Sie ist Arbeitgeber und Auftraggeber für weitere Unternehmen in der Region. Durch ihre Steuerzahlungen leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Standortentwicklung. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das Image der Industrie allerdings nur mäßig. Industrieansiedlungen und -erweiterungen stoßen häufig auf großen Widerstand in der Bevölkerung. Durch eine transparente und offene Kommunikation sowie den kontinuierlichen Dialog kann die Akzeptanz der Industrie erhöht werden. Hier ist auch die Politik gefordert: sie sollte den gesellschaftlichen Beitrag und das Einhalten der hohen verpflichtenden Klima – und Umweltstandards noch stärker kommunizieren.

Um das Verständnis der Bevölkerung für die Industrie in Rheinhessen zu steigern, sollte die frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit in industriepolitische Entscheidungsprozesse durch die Kommunen und Landespolitik erfolgen.

Bürokratie, Abgaben und Steuern

Bürokratie abbauen

Unternehmen und insbesondere Industrieunternehmen unterliegen zahlreichen bürokratischen Lasten. Es ist unstrittig, dass Sicherheitsanforderungen vollumfänglich eingehalten werden müssen. Dennoch sollte die Bürokratie auf ein notwendiges Minimum beschränkt sein. Dies bedeutet Vorschriften reduzieren und Verfahren vereinfachen. Die Vielzahl an Vorgaben hat äußerst komplexe Genehmigungsverfahren zur Folge und belastet insbesondere kleine und mittelständische Betriebe: staatliche Kontrollen, hohe Standards sowie zahlreiche Berichts- und Dokumentationspflichten binden Ressourcen und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit. Die vielfach langen Genehmigungsverfahren könnten durch zentrale Ansprechpartner stark verkürzt werden. Sie übernehmen die Koordination der beteiligten Abteilungen in der Behörde und stehen mit dem Unternehmen in Kontakt. Dies reduziert die Komplexität und erleichtert die Kommunikation.

Die Menge an relevanten Verordnungen nimmt kontinuierlich zu. Häufig sind die Mitarbeiter in den Verwaltungen hiermit vollkommen überfordert. Es ist daher notwendig ausreichend Personalressourcen zur Verfügung zu haben, um handlungsfähig zu bleiben. Immer häufiger werden ursprüngliche Verwaltungsaufgaben auf externe Dienstleister übertragen. So erbringen beispielsweise externe Experten notwendige Gutachten für ein Baugenehmigungsverfahren, das ursprünglich von der zuständigen Stelle der Verwaltung erstellt wurde. Mit einem externen Berater sind dies aber zusätzliche Kosten für das Unternehmen.

Neue und bestehende Vorgaben müssen hinsichtlich ihrer bürokratischen Belastungen im Unternehmen auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden, bevor sie ihre Umsetzung finden. Gesetze werden häufig nach kurzer Übergangsphase in Kraft gesetzt. Die lokalen Behörden stehen dann bei der Umsetzung und Anwendung vor großen Herausforderungen. Hierdurch ist ein einheitlicher Vollzug nur schwer zu gewährleisten. Stattdessen sollte bereits im Gesetzgebungsverfahren ein handhabbarer Anwendungserlass formuliert werden. Ein hoher finanzieller und personeller Aufwand birgt die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Insbesondere die Notwendigkeit der Einführung eines neuen Datenschutzmanagement, sowie die Überprüfung aller Prozesse im Unternehmen, bei denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, belasten kleine und mittelständische Betriebe. Hier ist eine praxisnahe Umsetzung dringend erforderlich.

Abgaben und Steuern

Wichtige Standortfaktoren für Unternehmen und insbesondere Industrieunternehmen sind Steuern und Abgaben. Sie sollten so ausgestaltet sein, dass Leistung und Investitionen gefördert sowie die Innovationskraft unterstützt werden. Kommunale Abgaben, wie Grund- und Gewerbesteuer, dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigen.

Die Steuerbelastung sollte rechtsformneutral sein und für Personen- und Kapitalgesellschaften und auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau reduziert werden. Steuern und Abgaben dürfen in ihrer Ausgestaltung nicht die Substanz und Liquidität der Unternehmen einschränken. Noch immer gibt es eine Kostenbesteuerung, z.B. durch gewerbesteuerliche Hinzurechnungen oder die unvollständige Berücksichtigung von Verlusten, die das Eigenkapital belasten und daher sukzessive abgebaut werden müssen.

Für kleine und mittlere Unternehmen ist es häufig schwierig allen steuerlichen Regeln und Pflichten nachzukommen. Sie sollten einfacher und transparenter gestaltet sein. So könnten höhere Pauschbeträge oder der Abbau der umfangreichen Dokumentationspflichten dies unterstützen. Betriebsprüfungen sollten zeitnah und zeitlich komprimiert durchgeführt werden. Dies erhöht die Rechtssicherheit und könnte mit einer Reduzierung der Aufbewahrungsfristen einhergehen. Hierfür müssen die Voraussetzungen für einen digitalen Informations- und Datenaustausch zwischen den Unternehmen und der Finanzverwaltung weiter ausgebaut werden.

Familiengeführte Industrieunternehmen sehen den Unternehmensübergang als sehr kritisch. Die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwächt die Substanz des Unternehmens und kann Liquidität entziehen. Anstatt die Hürden für Unternehmen weiter zu steigern, sollte eine steuerliche und bürokratische Entlastung der Unternehmen die politischen Entscheidungen leiten.

Energie- und Rohstoffherzeugung

Die Energiewende stellt insbesondere energieintensive Industrieunternehmen vor eine besondere Herausforderung. Die Energiepolitik muss sicherstellen, dass die Industrie leistungsfähig bleibt. Die Energiewende birgt aber auch Chancen, wenn sie wirtschafts- und industriepolitisch geleitet ist. Gerade Industrieunternehmen leisten bereits seit Jahren hohe Beiträge zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz. Um den Energie- und Rohstoffverbrauch noch weiter zu senken, sollten Anreize gesetzt werden – keine Verbote.

Zahlreiche Industrieunternehmen in Rheinhessen sind auf eine hohe Versorgungssicherheit angewiesen. Selbst kleinste Stromschwankungen können zu Produktionsausfällen und damit verbunden hohen Kostenbelastungen führen. Ein möglicher Erzeugungseingpass muss durch einen zügigen Ausbau der Energienetze und alternativer, nachhaltiger Energieerzeugungen geschlossen werden, um eine hohe Strom- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dies darf aber nicht zu steigenden Stromkosten führen. Ein Preisvergleich mit den europäischen Nachbarländern zeigt, dass die Belastung durch Stromkosten dort deutlich geringer ist, was eine signifikante Verzerrung der Kostenstruktur zur Folge hat.

Um eine erfolgreiche Energiewende zu vollziehen, muss eine gesicherte Finanzierung gegeben sein. Die Wirtschaft trägt durch einen hohen Anteil an der EEG-Umlage dazu bei. Darüber hinaus sollten alternative Energiequellen und ihre Technologien stärker gefördert werden.

Für Industrieunternehmen ist die Belieferung mit Rohstoffen von zentraler Bedeutung. Um diese auch in Zukunft zu gewährleisten, muss eine heimische Rohstoffversorgung gesichert werden. Aktuell sind die Genehmigungsverfahren für die Erschließung neuer Vorkommen sehr komplex und nicht immer sicher gewährleistet. Eine vorausschauende Raumplanung sollte Nutzungskonflikte minimieren und die Erschließung von Abbaustandorten erleichtern. Nicht nur die nationale Rohstoffversorgung, sondern insbesondere die internationale Rohstoffversorgung wird durch Handelshemmnisse zunehmend behindert. Die Politik ist hier gefordert, sich für freie und faire Handelsbedingungen einzusetzen und internationale Rohstoffpartnerschaften auszubauen.

Klimawandel und Umwelt

Erklärtes Ziel der deutschen Klimaschutzpolitik ist es, bis 2050 die Emissionen von Treibhausgasen um 80 bis 95 Prozent gegenüber dem Ausstoß von 1990 zu reduzieren. Das geplante Klimaschutzgesetz – basierend auf dem bereits bestehenden Klimaschutzplan 2050 – soll passgenaue, realistische Sektorenziele unter Einbeziehung der Wirtschaft vorgeben. Grundlegend muss gelten, dass nationale Klimapolitik nicht unreflektiert einmal gefasste Zielvorgaben verfolgt, sondern auf neue Entwicklungen reagieren kann. Lokaler Klimaschutz darf zu keiner Gefährdung für den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze werden. Wichtig sind für die Wirtschaft deshalb keine starren Vorgaben im Klimaschutzgesetz. Eine Veränderung dieses Ausmaßes erfordert realistische und dynamische Zielvorgaben. Starre Ziele verhindern eine kostengünstige Vermeidung von Emissionen. Bei der Ausgestaltung muss auf eine ausreichende Flexibilität geachtet werden. Zudem sollten konkrete Umsetzungsschritte nicht durch das Klimaschutzgesetz vorgegeben werden, sondern technologieoffen gestaltet werden können. Engmaschig vorgeschriebene Maßnahmen stellen sich zumeist als unwirtschaftlich heraus. Partnerschaftliche Lösungen fördern freiwillige Maßnahmen in Unternehmen und Kooperationen führen zu vorzeigbaren Ergebnissen. Gerade Industrieunternehmen setzen praxisnahe Maßnahmen um, die zumeist weit über die gesetzlichen Forderungen hinausgehen. Durch konkrete Initiativen können maßgeschneiderte Klimaschutzmaßnahmen in allen Bereichen vorangebracht werden. Eine Stärkung partnerschaftlicher Lösungen zwischen Politik und Wirtschaft können bisherige Maßnahmen noch steigern. Zur schnelleren Reduzierung der Emissionen im Gebäudebereich können steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung insbesondere auch von Unternehmensgebäuden geschaffen werden.

Um die anspruchsvollen Klimaschutzziele erreichen zu können, gilt es Beiträge zur Treibhausgasneutralität durch technische Verfahren stärker in Betracht zu ziehen. Die Entwicklung der besten zukunftsfähigen Technologien gelingt nur mit Technologieoffenheit. Daher muss gelten: Entwicklung klimaverträglicher Technologien branchenübergreifend vorantreiben. So können innovative Lösungen im Wärme/Kältebereich ebenso im Mobilitäts- oder Produktionsbereich zum Einsatz kommen. Zudem können moderne Technologien aus der industriellen Energieversorgung auch in anderen Bereichen helfen, Treibhausgase einzusparen. Es können sich zahlreiche Möglichkeiten für Start-ups und neue Industriezweige ergeben, die die neuen Technologien ein- und zur Erreichung der Klimaziele umsetzen.

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und kann auch nur als solche bewältigt werden. Allein nationale Bestrebungen in Deutschland und hier insbesondere im Bereich der Industrie, die im globalen Wettbewerb steht, reduziert die Attraktivität des Standorts Deutschland maßgeblich und kann zu Produktionsverlagerungen in das Ausland führen. Darüber hinaus erfordern die Klimapolitik und der Ausbau der erneuerbaren Energien Milliardenbeträge, deren Refinanzierung die Unternehmen überproportional trifft.

Die Verfolgung besonders ehrgeiziger CO₂-Ziele bedarf der Entwicklung innovativer CO₂-Reduktionstechnologien. Die Einführung von CO₂-Reduktionstechnologien kann einen wesentlichen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leisten. Kostensenkungen der momentan noch teuren Technologien sind mit politischer Rückendeckung durch Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erreichen. Die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, dass wirtschaftliche CO₂-Reduktionstechnologien auch tatsächlich eingesetzt werden können.